

Diezener Zeitung



(Kreis-Anzeiger.)

(Zahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile
oder deren Raum 25 Hg.
Reklamazeile 75 Hg.

Ausgabestelle:
Diez, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Paul Lange, Bad Gmü

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 234

Diez, Montag, den 7. Oktober 1918

24. Jahrgang

Eine deutsche Friedensnote an Wilson.

Prinz Max vor dem Reichstag.

Berlin, 5. Okt. Am Bundesratssitz: Reichskanzler von Baden, v. Bayer, Dr. Solf, v. Roeder, v. Stein, Friedberg, v. Eichenhart-Rothe, v. Bräseberg, Rüdelin, Helmut, Scheidemann, Gröber, Erzberger, Bauer, Schiffer, Perat, Habenstein und zahlreiche Kommissar aller Bundesstaaten.

Die Tribünen sind überfüllt. Das Haus ist gut besetzt. Der Hofjunge wohnt Prinz August Wilhelm den Veranlassungen bei.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 5,15 Uhr.

Reichskanzler Prinz Max von Baden: Meine Herren! Gemäß dem kaiserlichen Erlass vom 30. September ist das Deutsche Reich eine grundlegende Umgestaltung seiner politischen Leitung erfahren. Als Nachfolger des um sein Vaterland auf das höchste verdienten Kaisers v. Hertling bin ich von Seiner Majestät dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Ich entspreche dem Wesen der namentlich bei uns eingeführten Regierungsweise, daß ich dem Reichstag ohne Verzug vor der Öffentlichkeit die Grundzüge darlege, nach denen ich meine verantwortungsvolle Amt zu führen gedenke. Diese Grundzüge sind, bevor ich mich zu der Übernahme der Reichsgeschäfte entschloß, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Reichsparteien, dieses hohen Hauses festgelegt worden. Sie enthalten mithin nicht nur das eigene politische Standesbekenntnis, sondern auch das des weit überwiegenden Teiles der deutschen Volksvertretung, also der deutschen Nation, die den Reichstag auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihrem Sinne zusammengesetzt hat.

Nur die Tatsache, daß ich die Überzeugung und den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mir habe, hat mich die Kraft gegeben, in der schweren und ersten Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen.

Das Programm der Mehrheit.

Ich habe mich frage, enthält zunächst ein Bekenntnis zu der Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Entschließung des Reichstags vom 12. Juli desselben Jahres, und es befundet ferner die Bereitschaft, sich einem allgemeinen Bunde der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller, also der Starken und Schwachen, anzuschließen. Die Lösung der belagerten belgischen Frage, steht es in der Willigen Wiederherstellung Belgiens, insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfanges. Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll angestrebt werden. Die bisher geschlossenen Friedensverträge will das Programm zu keinem Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es steht insbesondere an, daß sich in den baltischen Ländern, in Litauen und Polen, alsbald auf breiter Grundlage Volksvertretungen bilden. Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzug durch Einführung von Zivilverwaltungen fördern. Ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarländern sollen jene Gebiete selbständig regeln.

Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung auf dem Standpunkt des Rechtsfriedens stehen, unabhängig von der Kriegslage. Daß sie sich zu diesem Standpunkt auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkt, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge stehen.

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß die jetzige Reichsleitung, die unter Mitwirkung des Reichstags gebildet worden ist, nicht etwas Vorübergehendes darstellt, und daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag und die nicht ihm die führenden Männer entnimmt. Der Krieg hat uns über das alte tiefgehende zerrissene Parteileben hinausgeführt, das es so sehr erschwerte, einen einheitlichen, entschlossenen, politischen Willen zur Durchführung zu bringen. Mehrheitsbildung ist politische Willensbildung, und das unbestreitbare Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum erstenmal große Parteien sich zu einem festen, einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben, und damit in die Lage gekommen sind, das Schicksal des Volkes von sich aus mitzubestimmen. Dieser Gedanke wird niemals erschüttert. (Beifall links und im Zentrum.) Diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden. (Erneuter Beifall links und im Zentrum.) Dabei vertraue ich, daß, so lange Deutschland Schicksal von Gefahren umrandet ist, auch die außerhalb der Mehrheit stehenden Volkskreise und deren Vertreter,

die nicht der Reichsleitung angehören, alles Trennende zurückstellen und dem Vaterland geben, was ihm heute gebührt.

Meine Herren! Bleiben wir eingedenk der Worte, die der Kaiser am 4. August 1914 gesprochen hat und die ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in die Worte fassen durfte: Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche. (Beifall.) Unter dem Zeichen dieses Kaiserwortes muß sich unsere politische Entwicklung in dem führenden deutschen Bundesstaat Preußen vollziehen, (Lebhafte Zustimmung links.) und die Botenschaft des Königs von Preußen, die das demokratische Wahlrecht verspricht, schnell und reiflos erfüllt werden. (Lebhafte Beifall links.) Die preussische Wahlrechtsvorlage ist bei der überragenden Stellung Preußens eine deutsche Frage. (Zustimmung links und im Zentrum.) und ich zweifle nicht, daß auch die Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, dem preussischen Beispiel entschlossen folgen werden. (Beifall links.) Dabei halte ich unerschütterlich fest an den föderativen Grundgedanken des Reichs als eines Bundesstaats, dessen einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbstständigkeit bestimmen. Ein Recht, auf das auch

Saß-Lothringen

vollen Anspruch hat. (Beifall links und im Zentrum.)

Durch die ganze Kriegszeit haben sich die Klagen hindurchgezogen über die Handhabung des Belagerungszustandes. Sie haben trennend und verbitternd gewirkt. Es muß ein enges Verhältnis zwischen den Militär- und den Zivilbehörden hergestellt werden, das es ermöglicht, daß in allen nicht rein militärischen Angelegenheiten, also besonders auf dem Gebiet der Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens die Gesichtspunkte der zivilen Verwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung kommen.

Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Erlasses, beginnt

eine neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte.

(Beifall links und im Zentrum.) Die innere Politik, die damit in ihren Grundzügen vorgezeichnet ist, ist von entscheidender Bedeutung für die Fragen über Krieg und Frieden. (Sehr richtig!) Die Störfkraft, die die Regierung in ihren Bestrebungen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher, fester und unerschütterlicher Selbstwille steht. Nur wenn die Feinde fühlen, das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte zu Taten werden. (Beifall links.)

Die deutsche Regierung wird bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, daß in die Verträge Vorrichtungen über Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung aufgenommen werden. (Beifall links und im Zentrum.) welche die vertragsschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer gemeinen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder gleichwertiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen.

Mehr als vier Jahre des blutigen Ringens gegen eine Welt von zahlennmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns. Trotzdem aber sind wir starken Herzens und voll von zuversichtlichem Glauben an unsere Kraft, entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das unabänderlich ist. (Lebhafte Beifall.) Mit tiefer, heißer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die bei glänzender Führung während des ganzen Krieges fast übermenschliches geleistet haben, und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unser aller Schicksal auch ferner in guten zuverlässigen Händen bei ihnen liegt. Dank dem unergieblichen Heldentum unserer Armee, das als unbegängliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungebrochen. Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Überzeugung befeelt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle, blutige Ringen nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen,

habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegsführenden Staaten in Verbindung zu treten.

Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in einer späteren Rundgebung, besonders auch in seiner New Yorker Rede vom 27. September, ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können.

Ich habe diesen Schritt zur Eröffnung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten Welt unter dem Krieg leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson verkündet, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen im Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weit überwiegende Mehrheit des Volkes bewegt.

Was ich will, ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit, und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre.

Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge: Ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einsig finden wird, sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigenständige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne jedes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Krieg stehenden Mächte auf unser Angebot, von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte.

Kein Jagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volk vorhanden sind, und ich weiß, daß die unüberlegliche Überzeugung, um gar nichts weiter, als um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. (Beifall.) Ich hoffe aber, um der Gesamtheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot so aufnimmt, wie wir es meinen.

Dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechts und der Versöhnung sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet. (Lebhafte Beifall des ganzen Hauses.) Zwischenrufe bei den unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hierauf ergriff Präsident Fehrenbach das Wort zu einer kurzen Erklärung, in der er zum Schluß die Vertagung des Hauses vorschlug. Die Festsetzung der nächsten Sitzung wurde dem Präsidenten überlassen.

Der Wortlaut der Note.

Berlin, 5. Okt. Die durch Vermittlung der Schweizerischen Regierung an den Präsidenten Wilson übermittelte Note hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegsführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Rundgebungen, namentlich in der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Max, Prinz von Baden, Reichskanzler.

Berlin, 6. Okt. Wie der Reichskanzler in seiner Rede bereits angedeutet hat, steht nach Deutschland und Österreich-Ungarn die Türkei im Begriff, einen gleichen Schritt zu tun.

Gerard über den Prinzen Max

Amsterdam, 4. Okt. Wie dem Baz Diaschen Büro aus Los Angeles in Kalifornien gemeldet wird, hat der frühere Botschafter in Berlin Gerard die Ansicht geäußert, der neue Reichskanzler dürfte beabsichtigen, ein ehrliches Friedensangebot zu machen. Die Ernennung des Prinzen bedeute die Preisgabe der alldutschen Politik. Gerard will stets der Meinung gewesen sein, wenn Deutschland Frieden schließen wolle, würde der Prinz oder Dr. Solf zum Reichskanzler ernannt. Es verdient verzeichnet zu werden, daß eine mäßige Äußerung von der amerikanischen Zensur durchgelassen wurde.

Die französische Presse.

Paris, 6. Okt. Die Erörterungen der französischen Presse befaßten sich heute sehr eingehend mit der neuen deutschen Regierung des Prinzen Max von Baden. Die Kommentare sind im allgemeinen in sachlichem Tone gehalten, und es fehlt ihnen die früher

übliche ausfällige Tonart. Die allgemeine Schlussfolgerung der Presse lautet dahin, daß man das neue Kabinett erst nach seinem Programm beurteilen können. Die Preise hebt allerdings durchweg hervor, daß eine wirkliche Parlamentarisierung Deutschlands erst nach Streichung und einschneidender Modifizierung des berüchtigten Paragraphen 9 möglich sei. Natürlich versucht die Presse gegen den Prinzen Stimmung zu machen.

Ein italienischer Begrüßungsartikel für den neuen Kanzler.

Corriere della Sera bezeichnet die Ernennung des Prinzen Max von Baden als einen Akt von außerordentlicher Wichtigkeit. Prinz Max sei der geeignete Mann in Deutschland, um die Friedensbotschaft bei der Entente zu übernehmen. Seine Ernennung zum Reichskanzler lasse jede Vermutung zu, es sei nämlich darauf hinzuweisen, daß der Prinz in beiden Lagern der Kriegführenden große Sympathien besitze. Eins stehe außer aller Frage: daß die leitenden Kreise Deutschlands den rechten Mann zur rechten Zeit eingestellt hätten und die neue Kanzlerschaft eine Liquidierung nach innen und außen bedeute. Der Prinz, der sich immer von Militarismus ferngehalten habe, trage keine Kriegsverantwortung. Er habe während des Krieges immer über dem politischen Haß mit seinen Verwirrungen gestanden. Bei mehr denn einer Gelegenheit habe England selbst dem Prinzen Dank ausgesprochen für seine Tätigkeit zugunsten der Gefangenen und Verwundeten der Entente. Wenn Prinz Max heute die Kanzlerschaft aus reinem Patriotismus übernehme, so geschehe dies aus demselben Machtsgebot heraus, das seiner Zeit einem deutschen Kanzler das Wort „Nicht kennt kein Gebot“ diktierte.

Amerika

Rotterdam, 4. Okt. Der Washingtoner Korrespondent der New York Evening Post, der manchmal über die Auffassung der Regierung genau unterrichtet ist, weist darauf hin, daß Präsident Wilson nicht nur in seiner letzten Rede, sondern auch in seiner kurzen Antwort auf die Friedensnote Durians sorgfältig vermieden hat, etwas zu sagen, was das deutsche Volk zu der Auffassung verleiten könnte, daß er einen Ausrottungskrieg beabsichtige oder einen Frieden erstrebe, der die berechtigten wirtschaftlichen Wünsche des deutschen Volkes verletzen würde.

Rotterdam, 5. Okt. Nach dem Nieuwe Rotterdamischen Courant erzählt Daily Telegraph aus New York, daß in der Hoffnung auf einen baldigen Frieden die Friedenspapiere rasch steigen, und die Kriegswerte allgemein sinken. An der New Yorker Börse werden Werten darüber abgeschlossen, daß der Krieg vor Weihnachten zu Ende sein wird.

Der Washingtoner Berichterstatter der New York World hält es für ratsam, einen Aufruf zu erlassen, in dem die Bevölkerung davor gewarnt wird, sich auf ein rasches Ende des Krieges zu verlassen.

London, 5. Okt. Lord Grey wird am Donnerstag, 10. Oktober, in einer Versammlung in London eine Ansprache über die Völkerbundspolitik halten. Es ist dies das erste Mal, daß Grey seit seiner Entlassung 1917 in der Öffentlichkeit auftritt.

Große Wandlungen in Oesterreich.

Die österreichischen Sozialdemokraten hätten folgende Entschlüsse gefaßt:

„Die Vertreter der deutschen Arbeiterkraft anerkennen das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen in Oesterreich und nehmen dasselbe Recht für das deutsche Volk in Oesterreich in Anspruch. Sie anerkennen das Recht der slawischen Nation, ihren eigenen nationalen Staat zu bilden, lehnen aber unbedingt und für immer die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diesen nationalen Staat ab. Sie verlangen, daß alle deutschen Gebiete Oesterreichs zu einem deutsch-österreichischen Staat vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Oesterreichs und zum Deutschen Reich nach seinem eigenen Bedürfnis regeln soll. Wir sind bereit, auf dieser Grundlage über die Umwandlung in eine Föderation freier nationaler Gemeinwesen zu verhandeln.“

Ein selbständiges Großkroatien wird sicher aus der Umwälzung in Oesterreich-Ungarn hervorgehen. Slavonien, Bosnien, die Herzegowina und eventuell Serbien werden zu diesem Staate geschlagen werden sollen, der nur durch die Stephanskronen den Zusammenhang mit Oesterreich behalten würde.

Die Lösung der tschechischen Frage wird andauernd durch die Wahlosigkeit der Tschechen erschwert. Diese verlangen die volle Selbständigkeit Böhmens, das einschließlich des deutschen Teiles ein rein tschechischer Staat werden soll.

In der politischen Frage hofft man in Oesterreich immer noch auf die austropolnische Lösung, also auf die Angliederung Polens an Galizien unter dem Erzherzog Stephan. Eine Verwirklichung solcher Hoffnungen ist ganz ausgeschlossen. Polen will seine Selbständigkeit und wird diese sicher auch erhalten.

Rußland hebt den Dreier Frieden auf

Berlin, 5. Okt. Wie der Vorwärts mitteilt, hat Rußland den Dreier Frieden mit der Türkei aufgehoben und erwartet von Deutschland seine freiwillige Aufhebung.

Der Vorwärts veröffentlicht auf Grund der Mitteilungen des Korrespondenten des neuen Wiener Journals Dr. Friedberg die Note, die von der Räteregierung der Türkei überhandt worden ist. Dieser Note war eine andre vorausgegangen, in der Rußland verlangte, die Türkei solle ihre Truppen hinter die vertraglich festgesetzten Grenzen zurückziehen. Zur Feststellung der Schäden sollte eine internationale Kommission eingesetzt werden und die deutsche

Regierung sollte die Durchführung dieser Bedingungen verbürgen. Die Türkei versprach Antwort bis zum 30. September, verzögerte aber die Note bis zum 2. Oktober und erklärte dann, die Zurückziehung der regulären Truppen sei schon im Zuge. Darin, daß von den irregulären nicht die Rede ist, sieht die russische Regierung eine Nichterfüllung ihrer Bedingungen und sie findet die Antwort auch sonst ungenau. Darum erfolge die Aufhebung des Friedenszustandes. Rußland befindet sich also im Kriegszustand mit der Türkei, was auch die Wiederaufnahme des Kriegszustandes mit Deutschland bedeute, wenn dieses seinem Bundesgenossen Waffenhilfe leiste. Daß Rußland die Aufhebung des Dreier Friedens durch Deutschland erwartet und fordert, geht aus einer Note Rußlands an Deutschland hervor.

Der österreich-ungarische Bericht.

Wien, 6. Okt. Amtlich wird verlautbart: Südlich des Stambulischen Nachhinkampfe. An der serbischen Front wurden unsere Vortruppen von Branje zurückgenommen.

Der Chef des Generalstabes.

Dr. Bell Staatssekretär des Innern.

Berlin, 5. Okt. Nach der Germania ist als Nachfolger Ballrads der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Justizrat Dr. Bell, Essen, bestimmt. Der neue Staatssekretär des Innern gehört zu den bekanntesten Zentrumsabgeordneten, obwohl er erst verhältnismäßig wenige Jahre dem Reichstage angehört. Er ist 51 Jahre alt, hat Rechts- und Staatswissenschaften studiert und ist seit 1894 Rechtsanwalt in Essen. Dort ist er auch Stadtverordneter und seit 1908 Vertreter von Essen im Abgeordnetenhaus. Seit 1912 ist er Mitglied des Reichstages und vertritt dort den Wahlkreis Mors.

Bulgarien.

Berlin, 4. Okt. (WB.) Der Transocean-Gesellschaft geht aus Sofia unterm 2. 10. folgende Meldung zu: Bulgariens Waffenstillstand ist heute unterzeichnet worden. Die offizielle Veröffentlichung dieses Schrittes und der Bedingungen erfolgt am 4. Oktober in der Sobranje. Ueber die Friedensbedingungen verlautet folgendes: 1. Demobilisierung des bulgarischen Heeres bis auf eine, nach anderen Mitteilungen zwei Divisionen. Die westlich des Meridian von Skopje befindlichen bulgarischen

Die Stadtkasse

bleibt am Dienstag, den 8. Oktober für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Bad Ems, den 7. Oktober 1918.

Der Magistrat.

Beamtenverein Bad Ems.

Morgen Dienstag letzte Kartoffelausgabe am Bahnhof. Diejenigen, die noch rückständig mit Bezugszahl sind, bitten wir dies zu regeln.

[1047]

Der Vorstand.

Conrad Deller

Johanna Deller

geb. Sehmer

Vermählte

Bad Ems.

Bekanntmachung

Bez. Kass. Brandversicherung.

Anträge auf Eingehung neuer Versicherungen bei der Kassatischen Brandversicherungsanstalt oder auf Erhöhung, Aufhebung oder Veränderung bestehender Versicherungen vom 1. Januar 1918 ab, bedingt durch bauliche Veränderungen pp., wolle man bis spätestens 20. Oktober d. Js. beim Bürgermeister anbringen.

Dies, den 5. Oktober 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung

Für diejenigen Wandergewerbetreibenden, die für das Jahr 1919 einen Wandergewerbe- bzw. einen Gewerbeschein haben wollen, werden aufgefordert, diesbezüglichen Antrag umgehend bei uns zu stellen. Bei Stellung des Antrages ist eine Photographie mitzubringen.

Dies, den 4. Oktober 1918.

Der Magistrat.

Löffel kein Eisen

Weissmetall la hochfein versilbert

Alpacas. Silber poliert.

Esslöffel à Dtz. 75 M.

Essgabel à Dtz. 75 M.

Kassellöffel à Dtz. 65 M.

Einzelne Bestecke

20 Mark

Versand nur gegen Nachnahme.

[1030]

Eugen Brückmann, Solingen II, Nettelbeckstr. 5

Inserate

für andauernde Bekanntheit werden zu Originalpreisen besorgt. Expedition der Zeitung.

Truppen werden in Kriegsgefangenschaft übergeführt. Räumung aller seit 1915 besetzten fremden Gebiete. Die bulgarischen Voraussetzungen, die Dobruška bis zum 1. März 1919 zurückzugeben. Die mazedonische Frage bleibt offen bis zu dem allgemeinen Friedenskongress. 3. Abzug aller Deutschen und Deutscher binnen vier Wochen. 4. Die Unverletzlichkeit bulgarischer Grenzen wird garantiert, ebenso seine Souveränität.

Telephonische Nachrichten.

König Boris.

WB. Sofia, 5. Okt. Agence Bulgare. Vor Unterzeichnung der Abdankungsurkunde hatte der König die Parteiführer nacheinander empfangen, die alle seinen Entschluß, dem Throne zu entsagen, billigten. König Ferdinand verließ Bulgarien gestern Abend. Die Thronbesteigung des Königs Boris, der sich bei Jubel ausgenommen, wird mit großer Begeisterung begrüßt. Der in frenetischen, dem neuen Herrscher bereiteten Ovationen seinen Ausdruck fand. König Boris hat den ersten Mars unterschrieben, der die Demobilisierung der Armee anordnet.

Aus Bad Ems und Umgegend

Die Stadtkasse bleibt am Dienstag, den 8. Oktober geschlossen.

Aus Diez und Umgegend.

Vor der Strafkammer in Limburg kam dieser Tag im Dezember 1917 im Kaufhause August Lorenz hier die Diebstahl, bei dem den Einbrechern Kleider, Stoffe und Wäsche von mehreren tausend Mark in die Hände fiel, zur Verhandlung. Durch das geschickte Vorgehen der hiesigen Polizei wurde damals der Täter in der Person des hiesigen Rademacher Sohn hiesigen Ersatz-Bataillon 25. Infanterie-Regimentes 25 ermittelt und ein großer Teil der gestohlenen Waren in Godesberg und Bonn zu Tage gefördert. Auch ein weiterer Diebstahl in der Gerberei Schupp bei der Untersuchung noch auf das Konto des festgenommenen Rademacher, ein wegen Diebstahls und Einbruchs zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilter Mensch erhielt für die beiden hier ausgeführten Einbrüche eine weitere Gefängnisstrafe von zwei Jahren.

Die Tagesberichte der Obersten Heeresleitung und weitere politische Nachrichten usw. sind im Amtl. Kreisblatt veröffentlicht.

Todes-Anzeige.

Heute früh 1/2 2 Uhr verschied sanft nach langem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter und Tante, Frau

Elisabeth Schmidt Ww.

geb. Haussen

im 80. Lebensjahre

Im Namen

der trauernden Hinterbliebenen:

Heinrich Schmidt,

Bürgermeister.

Kemmenau, den 7. Oktober 1918.

Die Beerdigung findet statt Dienstag nachmittags 3 Uhr

[1038]

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinsanges unseres lieben Vaters

Christian Knopp

sagen wir allen, sowie für die vielen Blumenbeiden und den Herrn Trägern unsern innigen Dank.

In tiefer Trauer

Die Hinterbliebenen.

[1040]

Bad Ems, (Bismarckstr.) 7. Okt. 1918.

Tüchtige Waschfrau

oder Waschmädchen für 1. Nov. gesucht [1044]

Hotel Stadt Wiesbaden, Bad Ems

Tüchtiges

Hausmädchen

zum 15. Oktober gesucht. [1031]

Häheres Gehalt, d. G. Ag.

Provisions-Reisende

auch Frau, zum Verkauf eines

lgl. Bada-Haus, d. G. Ag.

gerucht [1039]

Hermann Penning, Bonn.

Jägerin

Fabrikarbeiter

sucht [1041]

Maschinenfabrik Göbel.

Ems.

Kake

zu kaufen gesucht

Bei Kirschenborn.

Die Beerdigung gegen den

Wahl Sonntag, den 10. Okt.

um 10 Uhr.

Wahl Sonntag, den 10. Okt.

um 10 Uhr.